

Merz's; Wahl-Pleite: Linke kritisiert Koalitionsdeal und Kinderarmut!

Christian Görke kritisiert Friedrich Merz's; Wahlversuch und thematisiert Kinderarmut sowie Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD.



Deutschland - Am 6. Mai 2025 debattiert der Bundestag erneut über die Wahl von Friedrich Merz. Christian Görke, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken, äußert sich kritisch zu Merz' Chance auf eine Wahl. Er hebt hervor, dass Merz 18 Stimmen für seine Wahl gefehlt hätten und bezeichnet dies als „krachende Niederlage“. Görke kritisiert zudem Lars Klingbeil als möglichen Vizekanzler und bezeichnet den aktuellen Koalitionsvertrag als einen „schlechten“ Kompromiss, der die Regierung nicht honoriert.

In seiner Rede thematisiert Görke die hohe Kinderarmut in Deutschland und bemängelt die Untätigkeit der Regierung in diesem Bereich. Er warnt auch davor, dass die AfD von der

gegenwärtigen Situation profitiert. Trotz der Kritik stimmt die Linke zwar für eine Fristverkürzung, betont jedoch, dass dies keinesfalls eine Zustimmung zur Politik von Merz darstellt.

Koalitionsverhandlungen im Fokus

Unterdessen sind Union und SPD darum bemüht, die nächste Bundesregierung zu bilden. Der Bundestag hatte am 18. März diesem Jahres einem milliardenschweren Schuldenpaket für Verteidigung und Infrastruktur zugestimmt, was als Weichenstellung für die künftige Regierungspolitik gilt. Auch der Bundesrat billigte die notwendigen Grundgesetzänderungen, wodurch insbesondere die Schuldenbremse gelockert wird. Dies ermöglicht Kredite für essentielle Bereiche wie Verteidigung und Zivilschutz, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten.

Mit einem Sondervermögen von bis zu 500 Milliarden Euro sollen marode Infrastrukturen saniert werden. 100 Milliarden Euro sind für die Länder vorgesehen, während weitere Mittel in den Klimaschutz und einen klimafreundlichen wirtschaftlichen Umbau fließen sollen. Zudem plant die Koalition, das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 ins Grundgesetz aufzunehmen.

Soziale und wirtschaftliche Reformen

Die Koalitionsverhandlungen stehen jedoch vor Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Migrations- und Asylpolitik. Verschiedene Interpretationen zu Grenzübertritten zwischen CDU und SPD könnten den Fortschritt behindern. Laut dem Sondierungspapier sind Rückweisungen an den Grenzen in Abstimmung mit europäischen Nachbarn vorgesehen, was zu Spannungen führen könnte.

Weitere geplante Reformen umfassen die Umwandlung des Bürgergeldsystems in eine Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie die Festlegung eines Mindestlohns von 15 Euro bis 2026 über eine unabhängige Mindestlohnkommission. Zusätzlich

werden Steuererleichterungen für die breite Mittelschicht sowie eine Reform der Einkommensteuer diskutiert. Die Pendlerpauschale soll erhöht und die Stromsteuer um fünf Cent pro Kilowattstunde gesenkt werden.

Die aktuellen Verhandlungen und Entwicklungen im Bundestag werfen ein Schlaglicht auf die Herausforderungen, vor denen die zukünftige Regierung steht, während die Bürger gespannt auf die Entscheidungen blicken, die ihre Lebenssituation betreffen werden. Die anhaltenden Diskussionen um die Kinderarmut verdeutlichen zudem, dass dringende Maßnahmen erforderlich sind, um den sozial benachteiligten Bevölkerungsteilen gerecht zu werden.

Für weitere Informationen zu den aktuellen politischen Entwicklungen besuchen Sie [faz.net](http://www.faz.net) und [deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de).

Details	
Vorfall	Wahlen
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.faz.net• www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de